

Vorlesungsmitschrift
„Daten- und Informatikrecht“ SS 07
zusammengestellt von den Studierenden

25. Juni 2007

Inhaltsverzeichnis

08.03.2007 Legal Basics - 1.....	3
15.03.2007 Legal Basics - 2.....	4
29.03.2007 Legal Basics - 3.....	5
19.04.2007 Legal Basics - 4.....	7
03.05.2007 Legal Basics - 5.....	9
03.05.2007 Recht und Technik – 1	10
10.05.2007 Recht und Technik – 2	11
24.05.2007 Recht und Technik – 3	12
31.05.2007 Grundrechte – 1	13
31.05.2007 Telekommunikation – 1	14
14.06.2007 E-Commerce – 1	15
14.06.2007 Urheberrecht – 1	16
21.06.2007 Urheberrecht – 2	17

08.03.2007 Legal Basics - 1

Gesamter Vorlesungsinhalt:

- Grundkurs „Crash Kurs“
- Recht und Technik
- Telekommunikation
- Urheberrecht
- E-Commerce-Recht
- Rechtsgebiete

Der Staat:

Staatsgebiet:

Landmasse, in dem die Staatsgewalt über die hier lebenden Menschen angewendet wird

Staatsvolk:

Gesamtheit, der im Staatsgebiet lebenden Menschen

Staatsgewalt:

Ausübung der hoheitsrechtlichen Macht innerhalb eines Staatsgebiets durch ihre Organe (z. B. Verwaltung, Gerichte, ...)

Verfassung:

Festlegung der rechtlichen Grundlagen des Staates, z. B. Vorschreibung der Regierungs- und Verwaltungsform eines Staates, entweder schriftliches Dokument oder Zusammenschluss aus einer Reihe von historisch gewachsenen Gesetzestexten; Bundesverfassungen + Landesverfassungen

Regierung:

Steuerungsgremium eines Staates, d. h. leitet, lenkt und beaufsichtigt die Politik nach innen und außen; es existieren verschiedene Regierungsformen: republikanische Staatsform, monarchische Staatsform diktatorische Staatsform;

Souveränität:

Völkerrechtsunmittelbarkeit:

Ein Staat besitzt Völkerrechtsunmittelbarkeit, wenn über diesem keine höhere rechtliche Autorität liegt als das Völkerrecht.

Kompetenzkompetenz:

Ein Staat besitzt Kompetenzkompetenz, wenn es seine eigene Kompetenzverteilung ändern kann.

Alaska: kein Staat (Grund: Souveränität nicht gegeben, höhere Autorität: USA)

Kärnten: kein Staat (Grund: Souveränität nicht gegeben, höhere Autorität: Österreich)

IGO – International Governmental Organization:

Bildung durch völkerrechtlichen Gründungsvertrag; z. B. Sicherheitsrat, UNO, NATO, EU, WIPO,...

INGO – International Non-Governmental Organization:

Bildung durch keinen völkerrechtlichen Gründungsvertrag, Gründer keine Staaten; z.B. Greenpeace, OPEC, WWF international

15.03.2007 Legal Basics - 2

Die Staatsgewalten

1. Gesetzgebung: Bund - Nationalrat und Bundesrat; Bundesländer – Landtage
2. Gerichtsbarkeit: Landesgerichte, Bezirksgerichte, 3 Höchstgerichte - Verwaltungs-, Verfassungs- und Oberster Gerichtshof
3. Verwaltung: z. B. Finanzverwaltung, Magistrat, Hilfsorgan: Polizei;

Was ist Recht (Sinn, Aufgabe)?

Ordnungsfunktion

Entstehung:

Sein Inhalt wird durch Gesetze bestimmt.

Stufen der Gesetzgebung:

1. Entwurf
2. Begutachtung
3. Ministerratvorlage
4. Regierungsvorlage
5. Ausschussbericht
6. Gesetzesbeschluss

1994 EWR- Beitritt: 85000 Seiten

Europarecht: pro Jahr 3 Laufmeter schon im Jahr 1980

Qualität von Gesetzen: fragwürdig

Rechtsnorm (VO-Prüfung)

1. Sollvorschrift: erkennbar sein (Veröffentlichung), tritt mit Befehlsanordnung auf
2. Verhaltensregelung: menschliche oder internationale Player
3. Verbindlichkeit: Regel ist dann verbindlich, wenn sie im Rahmen des Stufenbaus der Rechtsordnung korrekt entstanden ist.
4. Sanktionierbarkeit: besitzt durchsetzbaren Anspruch auf Vollziehung

Beispiele:

- § 1 Tabakgesetz: Sollvorschrift - ja; Verhaltensregelung - ja; Verbindlichkeit - ja, weil es innerhalb des Stufenbaus der Rechtsordnung korrekt entstanden ist; Sanktionierbarkeit - keine Sanktion im Gesetz vorgesehen (nicht aufgeführt) => Rechtsnorm - JA
- Mafiabeispiel: Sollvorschrift - ja; Verhaltensregelung - ja; Verbindlichkeit - nein, weil es nicht innerhalb des Stufenbaus der Rechtsordnung korrekt entstanden ist; Sanktionierbarkeit - ja; Rechtsnorm – NEIN
- Netiqueteregeln: Sollvorschrift - ja; Verhaltensregelung - ja; Verbindlichkeit - nein, weil es nicht innerhalb des Stufenbaus der Rechtsordnung korrekt entstanden ist; Sanktionierbarkeit - ja => nur Rechtsnorm, wenn sie in einem Vertrag als Subklausel erscheint

Stufenbau der Rechtsordnung (VO-Prüfung)

1. Grundbausteine der Verfassung: um diese abzuändern oder abzuschaffen braucht man nicht nur die verfassungsmäßige Mehrheit der Regierung (Nationalrat und Bundesrat), sondern auch eine positiv ausgehende Volksabstimmung
 - demokratischer Baustein
 - Republik

- Bundesstaat
 - Rechtsstaat
 - liberales Prinzip (Grundrechte (freie Meinungsfreiheit,...))
2. einfache Verfassungsgesetze: ohne Volksabstimmung
 3. einfache Gesetze von Bund und Ländern (z. B. Straßenverkehrsrecht, Universitätsrecht)
 4. Verordnungen (Verwaltung): gültig, wenn sie sich auf Gesetze stützen können (z. B. Studienplan - Studiengesetz), allgemein
 5. Bescheide (Verwaltung): für Einzelpersonen
 6. Verträge, Urteile

Warum ist die Verfassung verbindlich?

es gab eine historisch erste Verfassung; die Frage ist nicht mehr juristisch erklärbar

Mehrheiten

183 Abgeordnete

Verfassungsgesetze

mindestens die Hälfte der Abgeordneten muss anwesend sein und davon müssen 2/3 dafür stimmen

einfache Gesetze

mindestens 1/3 der Abgeordneten muss anwesend sein und davon müssen die 1/2 + 1 (einfache Mehrheit) dafür sein

- international: wenn das sog. Völkerrecht nicht eingehalten würde, würde Chaos herrschen
- Sicherheitsrat der UNO: 15 Mitglieder (ständige Mitglieder: Russland, China, Frankreich, USA, Großbritannien)
- Repressalie: Wenn ein Staat einen völkerrechtlichen Bruch begeht, kann ein anderer Staat dasselbe tun, solange der erste wieder mit dem Völkerrecht konform geht.
- Retorsion: internationale Unhöflichkeit wird mit Unhöflichkeit bestraft

29.03.2007 Legal Basics - 3

Wo steht das EU-Recht im Stufenbau der Rechtsordnung?

Zwischen den Bausteinen der Verfassung und den einfachen Verfassungsgesetzen

Anwendungsvorrang des EU-Rechts (VO-Prüfung)

Annahme: eine neue EU-Verordnung wird beschlossen und tritt in Kraft, verstößt aber gegen ein einfaches Verfassungsrecht Konflikt => Was geschieht? Einfaches Verfassungsgesetz bleibt bestehen, aber wird nicht angewendet, sondern die EU-Verordnung; Grund: EU-Recht hat Vorrang (wird zuerst angewendet, auch wenn es Gegenteil zu innerstaatlichen Gesetzen ist)

EU-Verfassung

eigentlich keine Verfassung, sondern völkerrechtlicher Vertrag; Bezeichnung „Verfassung“ sollte ein politisches Zeichen darstellen; Rang: Primärrecht, eingeordnet im Stufenbau der Rechtsordnung wie EU-Recht

Volksabstimmung vor EU-Beitritt

Sie wurde benötigt, weil der Beitritt in die EU eine Veränderung in einem Baustein der Verfassung (demokratisches Prinzip) bewirkte.

Abgrenzung Sachverhalt/Tatbestand/Rechtsfolge

Sachverhalt

spielt sich in der realen Welt ab (= es geschieht in der Wirklichkeit).

Beispiel: Person A schlägt Person B ins Gesicht. Person B bekommt davon ein blaues Auge.

Tatbestand

wird in einer Rechtsvorschrift exakt beschrieben (welche Merkmale, Voraussetzungen müssen gegeben sein, um eine Rechtsfolge einzuleiten);

Beispiel: § 127 Strafgesetzbuch: "Wer eine fremde bewegliche Sache einem anderen mit dem Vorsatz wegnimmt, sich oder einem Dritten durch deren Zueignung unrechtmäßig bereichert, ..."

Rechtsfolge

Sanktion, wie wird bestraft

Beispiel: § 127 Strafgesetzbuch: "... ist mit einer Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten oder mit einer Geldstrafe bis zu 360 Tagessätzen zu bestrafen."

Tagessätze werden nach wirtschaftlicher Lage einer angeklagten Person berechnet (d. h. ein Sozialhilfeempfänger wird natürlich einen geringeren Tagessatz haben als ein Manager (höherer Verdienst)).

Wie liest man eine Rechtsnorm?

Beginn einer Rechtsnorm:

LEGALDEFINITIONEN, d. h. dort werden Begriffe, die in der betreffenden Rechtsnorm vorkommen, so beschrieben, dass man sie nicht anderes verstehen kann als beabsichtigt.

Jeder, der diese Rechtsnorm liest, weiß genau was diese Begriffe bedeuten und sollte somit diese Vorschrift richtig verstehen. Manchmal kommt es aber vor, dass diese Begriffserklärung nicht vorhanden ist.

Beispiele:

§ 2 Waffengesetz. 1996 idgF (in der geltenden Fassung): "Schusswaffen sind Waffen, mit denen feste Körper (Geschosse) durch einen Lauf in eine bestimmte Richtung verschossen werden können ...; z. B. Wasserpistole => keine Waffe, weil kein festes Geschoss (Wasser); Steinschleuder => keine Waffe, weil kein Lauf

§ 119 StGB (Strafgesetzbuch): "„Abhören“ ... mit einer „Vorrichtung“ => Software als „Vorrichtung“ (z. B. Spyware)"

Auslegung einer Rechtsnorm: Es gibt eine Methodenvielfalt. Man kann eine Rechtsnorm folgendermaßen auslegen:

- Grammatikalisch: Wortbedeutung
- Systematisch: Zusammenhänge
- Historisch: Motive des Rechtserzeugers (Was wollte er damals damit erreichen?)
- Teleologisch: Zweck der Rechtsnorm
- Schluss einer Rechtsnorm: Geltungszeitraum, d. h. wann tritt sie in Kraft und wie lange gilt sie

2004 wurde ein Bundesgesetzblatt für Bundesgesetzblätter herausgegeben; § 11 dieses Bundesgesetzblattes steht: "... tritt mit Ablauf des Tages, an dem dieses Bundesgesetzblatt auf den RIS-Server hinaufgeladen wurde, in Kraft"; veröffentlicht werden Gesetzesblätter im Internet (RIS = Rechtsinformationssystem der Republik Österreich) und außerdem existieren noch Sicherheitskopien

räumlicher Geltungsbereich: wo ist eine Rechtsnorm geographisch gültig

z. B österreichisches Datenschutzgesetz: gültig für ganz Österreich

Zusammenfassung:

Folgende Fragen wurden bis jetzt beantwortet:

- Was ist ein Staat?
- Was ist eine internationale Organisation?
- Welche Staatsgewalten gibt es?
- Welche Funktion hat das Recht?
- Was ist eine Rechtsnorm?
- Stufenbau der Rechtsordnung
- Auslegung der Rechtsnorm

Inhalt einer Rechtsnorm

Öffentliches Recht

Regelung der Beziehungen zwischen Trägern der öffentlichen Gewalt und einzelnen Privatpersonen; unterschiedliche Ebenen; z. B. Steuerrecht, Strafrecht, Telekommunikationsrecht (z. B. Regelung der Vergabe von Lizenzen), etc.

Privatrecht

Regelung der Beziehungen zwischen Privatpersonen; gleiche Ebene; z. B. Erbrecht, Mietrecht, Urheberrecht

Verfahrensrecht

Rechtssmaterie zur Regelung juristischer Abläufe; Z. B. Verwaltungsverfahren, Strafprozesse, Zivilprozesse

Herkunft der Rechtsnorm:

Innerstaatliches Recht:

- andere Staaten => andere Rechtssysteme (Europa: gesatztes Recht: Gesetzgeber schafft ein Regelwerk, das in sich homogen und eindeutig ist; England, USA, Australien: Case law: Fallrecht, Methode der Rechtsfindung im angloamerikanischen Rechtskreis => zur Lösung von Fällen werden Tradition und Präzedenzfälle (stammen aus früheren Rechtssprechungen) herangezogen)
- andere Staaten => andere Gesetze

Internetrecht

QUERSCHNITTSRECHT: setzt sich aus verschiedenen Rechtsgebieten zusammen

19.04.2007 Legal Basics - 4

Fortsetzung innerstaatliches Recht

- Vorsicht bei Rechtsvergleichen; keine Vermischungen vornehmen; erster Spam-Fall 1994 zwei amerikanische Anwälte tätigten ein Crossposting über Greencardlotterie
- enorme Unterschiede => Rechtssoasen; historische Erklärung: Die heutigen Staaten sind aus Territorialstaaten entstanden. Deshalb gelten zuallererst die Gesetze des eigenen Staatsgebietes => Territorialrecht; Heute existieren aber immer öfters schon grenzübergreifende Gesetze.

Beispiele für Rechtssoasen

- Steuersysteme (regeln sich nach dem Territorialrecht, Grund für manche sich in Staaten aufzuhalten, die ein weniger strenges System haben, z. B. Monaco)
- Rüstungsgüterindustrie (Exportregelungen)
- Internetoasenphänomen: z. B. Andorra, Libanon, St. Marino, Mauritius, Hong Kong, Brunei

Gründe für Rechtssoasen:

- unterschiedliche nationale Rechtsvorschriften
- zu wenige oder gar keine internationalen Regelungen

Völkerrecht

ist ein Selbstbindungsrecht

- Gleichordnung (jeder hat den gleichen Rang - one state => one vote) und freiwillige Unterwerfung (Völkerecht ist für Staat nur dann verbindlich, wenn er sich freiwillig unterworfen hat, d. h. mit seinem freien Willen zu gestimmt hat, ohne Zwang)
BEISPIEL - Deutschland, Frankreich und St. Marino schlossen einen völkerrechtlichen Vertrag ab. Kann Italien Rechte von diesem Vertrag ableiten? ja X nein, da für Italien Vertrag nicht gilt (kein Vertragsabschluss mit den beteiligten Staaten)
- Einzelmensch nur mediatisiert => Wenn ein Staat sich dem Völkerrecht unterwirft, ist es nur für den unterworfenen Staat verbindlich. Um zu Gewährleisten, dass auch seine Bürger und Bürgerinnen das Völkerrecht einhalten, muss der Staat zuerst innerstaatliche Rechtsnormen entwerfen. Diesen Vorgang nennt man MEDIATISIERUNG.
- Rechtsquellen (Auswahl)
 - völkerrechtliche Verträge (z. B. EU-Gründungsvertrag)
 - Beschlüsse internationaler Organisationen (ob diese Beschlüsse verbindlich oder unverbindlich sind, kann man im Gründungsvertrag einer IGO nachlesen)
 - Entscheidungen von internationalen (Schieds-)Gerichten (Prinzip der freiwilligen Unterwerfung - Streitfall zweier Staaten wird nur dann vor einem internationalen (Schieds-)Gericht verhandelt, wenn sich diese Staaten vorher freiwillig zugestimmt haben, das dies geschieht)
- praktische Relevanz
 - Menschenrechte
 - internationale Mindeststandards
 - internationale Kooperationsmechanismen

UN-Konvention für die Rechte des Kindes

alle Staaten unterworfen, außer Somalia (nicht klar wer Staat vertritt) und USA (Probleme mit Regelung für den Einsatz von Kindersoldaten, da manche verbündete Staaten welche einsetzen; trotzdem hat die USA eine strenge Regelung für Kinderpornographie)

Langer Weg bis ein Völkerrechtsvertrag zustande kommt

1. Vollmachtsprüfung (darf ich als Vorsitzender überhaupt verhandeln)
2. Verhandlungen (in welcher Sprache und über was (welchen Inhalt sollte Vertrag haben) wird verhandelt)
3. Vertragstext (nicht verbindlich)
4. Paraphierung (noch nicht rechtswirksam, aber kann nicht mehr einseitig davon abgegangen werden)
5. Unterzeichnung (danach kann kein Unterzeichner mehr, wenn Vertrag in Kraft tritt, dagegen etwas tun, was dem Zweck des Vertrages zuwiderhandelt)
6. parlamentarische Genehmigung (Verhinderung, dass die Verwaltung etwas Recht werden lässt, das das Parlament nicht möchte; wenn es kein Parlament gibt oder wenn Parlament nicht zustimmt => Vertrag für dieses Staat nicht verbindlich)
7. Ratifizierung (Bundespräsident unterschreibt die Ratifizierungsurkunde ab, Inhalt: Zustimmung, das man sich diesem Vertrag freiwillig unterwirft)
8. Depositar (erhält Ratifizierungsurkunden der zustimmenden Länder und erstellt Liste, wer und wann die Ratifikationsurkunde hinterlegt wurde)

EU-Recht

- EU ist ein Spezialfall einer IGO (Mehrheitsprinzip => andere Staaten können überstimmt werden; manche Gesetze werden direkt für Bürger und Bürgerinnen der einzelnen Staaten verbindlich, ohne dass das innerstaatliche Gesetzgebungsorgan tätig werden muss)

- Entwicklung zur Informationsgesellschaft
- Rechtsquellen (Auswahl)
 - Primärrecht
 - Sekundärrecht - VERORDNUNGEN => gleichzeitige Wirksamkeit nach in Kraft treten für Staat und Bürger und Bürgerinnen
 - Sekundärrecht - RICHTLINIEN (verbindlich, keine bloßen Empfehlungen) => verbindlich für Staat, innerhalb einer Frist muss er innerstaatliche Rechtsnormen entwerfen, die dann für Bürger und Bürgerinnen verbindlich sind; existierende Ziel- und Rahmenvorgaben für Mitgliedstaaten (1/2 % Umsetzungsdefizit, nur zwei Staaten halten dies ein, alle anderen liegen darüber); ca. 1500 Richtlinien zum Umsetzen jedes Jahr
- z. B. RL elektronischer Geschäftsverkehr
- z. B. RL Urheberrecht in der Informationsgesellschaft
- z. B. Aktionsplan - Sichere Nutzung des Internets

03.05.2007 Legal Basics - 5

Fortsetzung EU-Recht

Was passiert, wenn ein EU-Mitglied eine EU-Richtlinie nicht innerhalb der gegebenen Frist oder nicht ordnungsgemäß umsetzt (= bei Fristversäumnis)?

1. Das EU-Mitglied bekommt ein erstes Mahnschreiben aus Brüssel geschickt, in dem es aufgefordert wird, zu erläutern, weshalb es die Richtlinie nicht umgesetzt hat. Außerdem wird eine neuerliche Frist von 2 Monaten eingeräumt, um die Richtlinie umsetzen zu können.
2. Das gemahnte EU-Mitglied schickt ein Antwortschreiben mit der Erklärung für die Fristversäumnis nach Brüssel zurück.
3. EU akzeptiert Entschuldigungsschreiben nicht und außerdem wurde innerhalb der neuen Frist noch immer keine Richtlinie ins innerstaatliche Recht umgesetzt. Das gemahnte EU-Mitglied bekommt eine letzte Chance eine EU-Richtlinie innerhalb von 2 Monaten umzusetzen.
4. Nach Ablauf der letzten Zweimonatsfrist geschah nichts. Jetzt hat die EU die Möglichkeit Klage beim EuGH einzureichen und eine Verurteilung des EU-Mitglieds zu erwirken. Die Rechtsfolge dieser Verurteilung ist die Verhängung eines Bußgeldes.

Wer kann alles eine Klage einreichen?

- EU-Kommission überwacht die Richtlinienumsetzung der EU-Mitglieder. Sie reicht am häufigsten Klagen beim EuGH ein.
- Andere EU-Mitglieder klagen säumige EU-Mitglieder.
- Aber auch Privatmitglieder haben die Möglichkeit eine Klage am EuGH einzureichen.

Unter welchen Voraussetzungen ist eine EU-Richtlinie direkt verbindlich für Einzelpersonen (= Ausnahmsweisenunmittelbarkeit)?

1. Umsetzungsfrist ist abgelaufen.
2. Inhalt der Richtlinie begünstigt den Einzelmenschen.
3. Inhalt der Richtlinie ist so konkret formuliert, dass sie von den österreichischen Behörden direkt angewendet werden kann.

Beispiel:

Auf 70 österreichischen Bahnhöfen wird es Videoüberwachung geben. Annahme: Es gibt eine Richtlinie über Videoüberwachung mit dem Inhalt:

- Einsichtsrecht: Einzelpersonen haben das Recht sich diese Aufnahmen anzuschauen.
- Löschungsrecht: Einzelpersonen haben das Recht zu verlangen, das Aufnahmen ihrer Person gelöscht werden.

Voraussetzungen der Ausnahmsweisenunmittelbarkeit der EU-Richtlinie gegeben => Einzelperson beruft sich auf die nicht umgesetzte Richtlinie => Behörde muss dieser Richtlinie folge leisten.

Amts-/Staatshaftung:

Wenn ein Einzelperson durch eine Richtlinie ein finanzieller Vorteil entsteht und er diesen durch die Nichtumsetzung derselben verliert, kann diese Person eine Schadenersatzklage gegen der Staat einreichen.

03.05.2007 Recht und Technik – 1

Strukturprobleme des Technikrechts

Trägermedium: Sprache

- Unkenntnis schützt nicht ...; § 2 ABGB (1811): "Sobald ein Gesetz gehörig kundgemacht (auf RIS-Server oder in Gesetzesblättern veröffentlicht) worden ist, kann sich niemand damit entschuldigen, dass ihm dasselbe nicht bekannt geworden sei."
- Do you speak Gesetzesdeutsch?
- VfGH 1956: "Archivarischer Fleiß"
- VfGH 1990: "Denksportaufgaben"

Historisches Beispiel

Maria Theresia schaffte einen Posten in ihrem Ministerium, der dazu da war, sicherzustellen, dass neue Gesetze von allen Bürgern (egal welches Bildungsniveau/welcher Bevölkerungsschicht) verstanden wurde. Die Berufsbezeichnung dieser Person war BUTA EMBER (stammt aus dem Ungarischen und heißt nichts anderes als dummer Mensch, heutzutage: Volksschulniveau). Wenn ein neues Gesetz geschaffen wurde, wurde es dieser Person vorgelesen und dieser musste es verbal mit eigenen Worten wieder geben. Wenn er es nicht konnte, weil er es nicht verstanden hatte, musste das Gesetz überarbeitet werden bis der BUTA EMBER es konnte. Wenn er es verstanden hatte, galt das Gesetz.

Was ist ein Proxyserver?

Definition muss auch von Nichttechnikern verstanden werden.

- Definition der LVA-Teilnehmer: ein/e Computer/Software/..., der/die Datenkommunikation weiterleitet und diese eventuell zwischenspeichert.
- Definition des Gesetzgebers: automatische, kurzzeitige Vorhaltung fremder Inhalte auf Grund ...

Strukturprobleme des Technikrechts 2

- Statik des Rechts: langsame Veränderung
- Dynamik der Technik: schnelle Veränderung
- "Hase und Igel - Phänomen des Technikrechts; z. B. Cookies (kleine Textdateien, die ein Server produziert und auf jemandes Computer gelangem, wenn er/sie eine Webseite anwählt, die diesen Server beizügt).

10.05.2007 Recht und Technik – 2

Rechtliche Problematik internationaler Kommunikationsnetze 1

Internet-Rechtsaspekte

z. B. Geldwäscherei mit Austrian Sparbuchs

Geldwäscherei

illegal eingenommenes Geld in den Finanz- und Wirtschaftsmarkt mit verschiedenen Methoden integrieren, Papertrail soll vermieden werden (man soll nicht herausfinden, woher das Geld kommt)

Ablauf der Geldwäscherei

- Schmutziges Geld
 1. Einschleusung (Einzahlung auf Offshore-Konten, fingierte Spielgewinne, durch Frontcompanies (Unternehmen mit großen Umsätzen, bei denen es nicht auffällt, wenn zusätzliches Geld auftaucht = einfach zusätzlicher Gewinn), etc.)
 2. Unkenntlichmachung
 3. Rückführung, Integration

- Sauberes Geld

Worldbusiness

1. Rüstungsindustrie
2. Drogenhandel
3. Kraftfahrzeughandel

Kontrollresistenz

- TCP/IP: Internet beruht auf Protokollen

Was machen Protokolle mit Daten?

Es gibt weltweite Nummern und Adressen (Sender und Empfänger). Datenstrom passiert in kleinen Schnitzeln, die selbstständig ihren Weg durchs Netz finden. Wenn einige Schnitzel verloren gehen, werden sie einfach noch einmal gesendet.

- Diversifizierung (Verteilung) der Inhalte (z. B. deja.com, Napster, Gnutella, ...)
- Userverhalten: mirroring, das heißt: Es wird z. B. von Zensur einer gewissen Sache gesprochen, dann kann man sicher sein, dass man genau diese Information auf verschiedenen Seiten wiederfindet.

Rechtliche Problematik internationaler Kommunikationsnetze 2

Gilt österreichisches Recht in Tuvalu?

Räumlicher Gebotsbereich ("Geltung")

- Völkerrecht: sinnvoller Anknüpfungspunkt
 1. Territorialprinzip: Ein Staat darf alles regeln, was sich innerhalb des eigenen Staatsgebietes befindet oder ereignet.
 2. Personalitätsprinzip: Aktiv = Ein Staat darf alles regeln, was die eigenen Staatsbürger im Ausland tun. Passiv = Ein Staat darf alles regeln, was dem eigenen Staatsbürger im Ausland passiert (= Opfer von Straftaten)
 3. Universalitätsprinzip: Staatsschutz = wenn der eigene Staat bedroht ist (z. B. Putsch von außen)
- Spezialfall: extraterritorialer Geltungsanspruch (= Ein Staat erklärt sein Recht auch in anderen Staaten für gültig.)

Räumlicher Sanktionsbereich ("Durchsetzung")

- österreichisches Recht nicht durchsetzbar bei Botschaften (Gelände, Gebäude, Personal, Gepäck, Fahrzeuge) und UnoCity. Durchsetzung nur mit Zustimmung

- historisch: Diplomaten waren die einzigen, die identische Informationen über ein Land beschaffen konnten (vor Ort).

24.05.2007 Recht und Technik – 3

Diplomatisches Asyl

Eine Straftat wird von einem Ausländer mit diplomatischer Mission verübt und flüchtet sich auf das Gelände seines eigenen Staates. Dort bittet er um diplomatisches Asyl. Wenn es gewährt wurde, kann das Recht des Gaststaates nicht durchgesetzt werden.

Was kann man trotzdem tun?

1. Man kann einen Beschwerdebrief zur Botschaft des betreffenden Staates schicken.
2. Wenn darauf keine Änderung eintritt, kann man den Botschafter dieses Landes ins Außenministerium vorladen.
3. Wenn nach dieser Vorladung noch immer nichts passiert, hat man die Möglichkeit der Methode der Persona-non-grata-Erklärung.

Rechtliche Problematik in internationalen Kommunikationsnetzen 3

Was gilt jetzt wo?

öffentliches Recht

- INTERNATIONALES RECHT im Strafgesetzbuch (StGB): kein Völkerrecht, sondern nationales Recht = innerstaatliches Recht; Regelungen, die sich auch ins Ausland erstrecken
 1. Territorialprinzip im StGB: § 62, § 63, § 67 (dieser Paragraph wird immer im Zusammenhang mit § 62 gelesen und angewendet; darin wird zwischen Tathandlung (z. B. Erschießen) und Taterfolg (z. B. Mord) unterschieden = Erfolgsdelikt)
 2. Universalitätsprinzip: § 64

Privatrecht

- Bundesgesetz (BG) über das INTERNATIONALE PRIVATRECHT (IPR-G, auch nur nationales Recht)
- einschlägige völkerrechtliche Verträge: z. B. Kollisionsregeln im IPR-G: § 34 IMMATERIALGÜTERRECHTE: (1) Das Entstehen, der Inhalt und das Erlöschen von Immaterialgüterrechten sind nach dem Recht des Staates zu beurteilen, in dem eine Benützung- und Verletzungshandlung gesetzt wird. (2) ...

Rechtliche Problematik in internationalen Kommunikationsnetzen 4

Internationale Rechtsdurchsetzung

- ÖFFENTLICHES RECHT: Rechtshilfeübereinkommen, Auslieferungübereinkommen
- PRIVATRECHT: Zustellübereinkommen, Gerichtsstands- und Vollstreckungsübereinkommen (Vereinbarung, Wohnsitz/Sitz des Beklagten, Ort des Schadenseintritts)

Beispiel: Privatrecht, internationale Rechtsdurchsetzung

Wo klagen?

- Wahl des Gerichtsstands
 - Zivilrechtsprozess des Gerichtsstaats
 - Internationales Privatrecht des Gerichtsstaats
 - Daraus ergibt sich dann anwendbares nationales Privatrecht

Wo kann man vollstrecken lassen?

- Urteilsanerkennung
- Vollstreckung

Beispiel:

Österreichischer Künstler hat Wohnsitz nach Monaco verlegt (aus Steuerersparnisgründen). Er bekommt den Auftrag eine Skulptur für einen österreichischen Gemeinderat herzustellen. Österreich stellt sich nun die Frage, ob man Steuereinnahmen durch Skulptur bekommen kann? Ja, weil die Skulptur (Erfolg) in Österreich genutzt wird (Anknüpfungspunkt des österreichischen Rechts)

Europäischer Haftbefehl

wird ausgestellt, wenn mindestens 1 Jahr Freiheitsstrafe auf begangene Straftat besteht oder schon eine Verurteilung (mind. 4 Monate unbedingt) existiert; ab 2008 müssen auch Österreicher innerhalb der EU ausgeliefert werden

behandelte Fragen:

- Technikrecht: Hase-Igel-Phänomen
- Internationales Straf- und Privatrecht
- Angelpunkte des Rechts
- Internet: Rechtsoasen

31.05.2007 Grundrechte – 1

Grundrechte: Allgemeines

1. Wurzel: Freiheitsgedanke - Abwehrrechte gegenüber dem Staat (liberales Prinzip): Österreich ist ein grundrechtgewährender Staat. Abänderungen nur durch absolute Mehrheit und mit gleichzeitiger Volksabstimmung möglich); Grundrechte: Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit, Religionsfreiheit, Eigentumsgrundrecht, Recht auf persönliche Freiheit, ...
2. status negativus: z. B. Recht auf persönliche Freiheit/status activus: z. B. Wahlrecht/status positivus: z. B. Recht auf Arbeit, Wohnung, etc.
3. Verankerung der Grundrechte (exemplarisch!)
 - innerstaatliches Recht: Staatsgrundgesetz 1867 -> Verfassungsrang!
 - Völkerrecht: Europäische Menschenrechtskonvention 1950 -> Verfassungsrang!

Bild auf Folie (siehe Foliensatz 3):

Clemens von Metternich (in seine Regierungszeit fällt die Geburtsstunde der Grundrechte)

1787 erster Verfassungsentwurf in den USA (ohne Grundrechte)

1789 Grundrechtskatalog für amerikanische Verfassung

1821 war Clemens von Metternich Kanzler

Karlsbader Beschlüsse (Vorzensur von Zeitungen, Polizeistaat, Entlassung von revolutionären Lehrern, ...)

1848 Stürzung von Metternich

Geschworenengericht

erfunden für sehr hohe Strafmasse, BürgerInnen sprechen Recht, entscheiden Schuldfrage; Österreich: 8 Personen sind die Geschworenen; bei geringerem Strafmassen: Schöffengericht

Frauenwahlrecht

1870 Wyoming (USA)

1919 Österreich

1945 Italien

1971 Schweiz (1990 letzter Kanton führt Frauenwahlrecht ein)

16. 05. 2005 Kuwait

Grundrechte sind in der Verfassung verankert. Ausnahmen: Grundrechte, die für den Staat sehr schwer durchzusetzen oder gewährleistet werden können. Grundrechte werden nie 100 % gewährleistet, da man z. B. bei Meinungsfreiheit einen anderen Menschen nicht in seinen Rechten verletzen darf (z. B. Beleidigungen sind ausgeschlossen).

Gesetzesvorbehalt (Vorlesungsprüfung)

ein kleines Schlupfloch existiert; D. h. Erlaubnis Grundrechte durch einfache Gesetze einzuschränken

- innerhalb der gesetzlichen Schranken = Beispiel für Gesetzesvorbehalt; z. B. § 115 StGB (Verbot der Beleidigung) und § 207a StGB (Verbot der Kinderpornographie); materieller Gesetzesvorbehalt (Motive, wann darf man einschränken)

Wer schützt uns, dass die Grundrechte nicht zu sehr eingeschränkt werden

(Vorlesungsprüfung)?

Verfassungsgerichtshof. Es existierte ein Gesetz mit der Aussage, dass man ein Stelleninserat, indem man nur Ausländer sucht, erst vom AMS genehmigen lassen muss => durch VfGH aufgehoben, weil Vorzensur in Österreich nicht erlaubt ist

Grundrechte: Relevanz in der Informationsgesellschaft (siehe Foliensatz 3)

Verbot von NS-Propaganda => Verfassungsrang

Beispiele:

- Myanmar = Burma (ehemals): Computerbesitz muss gemeldet werden; keine Meldung = illegal => 15 Jahre Gefängnis
- Konzept des Marketplace of ideas: entstand aus einem Präzedenzfall 1919; viele Meinungen dürfen sich darin aufhalten => Richtige wird sich schon durchsetzen.

31.05.2007 Telekommunikation – 1

Telekommunikationsrecht in AT (siehe Folien)

- AT-Methode: altes FernmeldeG hergenommen, etwas daran herumgebastelt und als Telekommunikationsgesetz (TKG) 1997 veröffentlicht

Probleme beim ComCrime im Internet

- Internet Access: öffentliche Terminals, fremder Account
- On the fly: Anonymität, Redirection URL (Umleitung), Verschlüsselung, Steganographie
- Rechtsoasen: anderfe Rechtslagen, zeitliche Steuerung (Zeitfenster), geschlossene Nutzergruppe, Free Webpace

Providerhaftung in AT - nach TKG 2003 (siehe Folien)

Begriffserklärung

- unmittelbarer Täter: Dieser begeht die Tat (z. B. zersticht Reifen eines Porsches mit einem Messer).
- Beitragstäter: hilft, dass die Tat begangen werden kann (z. B. verleiht ein Messer, obwohl er weiß, dass es benützt werden wird, um den Reifen eines Porsches zu zerstechen).

- Bestimmungstäter: Dieser stiftet zur Tat an (z. B. macht den Täter auf einen Porsche aufmerksam und überredet diesen die Reifen zu zerstechen).
- Carrier: jemand, der die physische Infrastruktur bereitstellt (z. B. Glasfaserkabeln, etc.), weitweg von Inhalten => keine Haftung
- Access Provider: ermöglicht die Internetnutzung, etwas näher bei Inhalten => keine Haftung
- Service (Host) Provider: stellt Internetserver zur Verfügung und Dritte nutzen seine Funktionalität oder legen etwas darauf ab => kann haftbar gemacht werden
- Content Provider: alle die Informationen ins Netz stellen => immer haftbar

Praxisbeispiele

- Fall VIP: Wirtschaftspolizei beschlagnahmte Rechner und legte Server lahm (steckte in aus), fand Material von Kinderpornographie => Firma rechtfertigte sich mit der Behauptung, dass es nur Recherche betrieben hatte und nur vergaß die Backups zu löschen. => Freispruch: Da das Gericht der Ansicht war, dass der Provider nicht die Absicht hatte als Beitragstäter aufzutreten.
- Fall Compuserve: Kinderpornographie lag auf dem Server des amerikanischen Mutterprovider. Deutscher Tochterprovider verhinderte nicht, dass deutsche User darauf zugreifen konnten => Freispruch erst in der 2. Instanz

14.06.2007 E-Commerce – 1

- § 78 TKG: Haftungsregelungen sehr mangelhaft
- EGC-RL 2000 => Umsetzung im E-Commercegesetz 2002
- Content Provider ist immer haftbar (straf- und zivilrechtlich)!!! Er ist immer dort haftbar, wo er erwischt wird (EU weit).
- E-Commercegesetz (ECG) hat Filterfunktion

Providerhaftung (Vorlesungsprüfung, Problematik der Providertypen)

- § 13 ECG: Haftungsregelungen für Access- und Carrier-Provider, haftungsfrei bei angegebenen Bedingungen
- § 15 ECG: Haftungsregelungen für Proxyserver, haftungsfrei bei angegebenen Bedingungen
- § 15 ECG Z 5: „UNVERZÜGLICH“ => so schnell es geht, ohne Verzögerung/Aufschub; „TATSÄCHLICHE KENNTNIS“ => Gewissheit, konkreter Hinweis bei Brief, Fax oder Email, aber keinen Tipp eines lallenden Anrufers
- § 16 ECG: Haftungsregelungen für Service-(Host-)Provider
 1. keine tatsächliche Kenntnis und kein „Kennen-Müssen“ => „OFFENSICHTLICH“ (= wenn auch ein juristischer Laie die Rechtswidrigkeit erkennt)
 2. unverzüglich (löschen oder sperren)
- § 14 ECG: Haftungsregelungen für Suchmaschinen (Fleißaufgabe des österreichischen Gesetzgebers); Suche nach fremden, beliebigen Inhalten => haftungsfrei; Suche nach nur bestimmten (illegalen) Inhalten => nicht mehr haftungsfrei
- § 17 ECG: Haftungsregelungen für Hyperlinks (Fleißaufgabe des österreichischen Gesetzgebers)
- § 18 ECG: Aussage: Provider müssen nicht selbstständig die Inhalte ihrer Server überprüfen. Dies ist rechtlich nicht vorgesehen.
- § 3 ECG: Begriffserklärungen
- § 20 ECG (Prüfungsfrage): Herkunftslandprinzip: Ein österreichischer Provider muss die Haftungsfreistellungsregelungen des österreichischen ECG einhalten. Wenn er dies tut, ist

er in der gesamten Europäischen Union haftungsfrei. Hier muss man den Firmensitz/Hauptniederlassung des Providers berücksichtigen.

SPAM

- Ist ein in den USA produziertes Dosenfleisch.
- Es gibt es seit 1937.
- Bis 2002 wurden bereits 6 Mrd. Dosen verkauft.
- Als erster Spam-Fall wurde am 14. April 1994 ein Posting in einer Newsgroup über die Greencardlotterie bezeichnet. Gepostet wurde es von einer Anwaltskanzlei
- Durch bestimmte Programme kann man Emailadressen sammeln. Durch eines dieser Programme namens „Harvester“ wurden 3000 – 5000 Emailadressen gesammelt.
- Der Handelswert einer validen Emailadresse beträgt \$ 40.
- 1998 wird in Washington das 1. Antispamgesetz auf Bundesebene verabschiedet.
- 1999 Novelle des § 101 TKG adaptiert = Spamregelungen eingefügt: Zusendung einer elektronischen Post als Massensendung oder zu Werbezwecken ist gesetzwidrig (Österreich als Vorreiter, doch unglücklich, da nirgends festgehalten wurde, was eine Massensendung ist)
- 2003 Verbesserung dieses Paragraphen => doch immer noch ungeschickt
- 01. 03. 2006 endlich Ausbügungen der Fehler der Vorversionen
- OPT-IN (Prüfungsfrage): Spam- oder Werbemails dürfen nur mit Erlaubnis des Empfängers zugesandt bzw. verschickt werden
- OPT-OUT (Prüfungsfrage): Spam- oder Werbemails solange straffrei bis Empfänger dagegen vorgeht, d. h. sagt, dass er das nicht möchte
- § 107 (5) Telekommunikationsgesetz (TKG): Ausnahme
- § 107 (3) Telekommunikationsgesetz (TKG): Spams erlaubt, wenn Kundenbindung besteht (Customerrelationsship)
- § 107 (2) Telekommunikationsgesetz (TKG): Grundregel
- § 107 (6) TKG (Prüfungsfrage): Spam nicht im Inland verschickt (d. h. im Ausland), aber erreicht österreichischen Anschluss (Mailbox auf österreichischem Boden) = Anknüpfungspunkt für Inlandsverwaltungsstrafverfahren = EXTRATERRITORIALANSPRUCH!!!
- Behörde, die für Spambeschwerden zuständig: Fernmeldebüros, insgesamt 4 Stück in Österreich; Betroffener reicht Klage bei seiner für ihn zuständigen örtlichen Fernmeldebüros ein. Daraufhin leitet dieses ein Verwaltungsstrafverfahren ein.
- § 7 (2) ECG: Robinsonliste: dort trägt man sich ein, um keine unwillkommene/unaufgeforderte Werbung zu bekommen

14.06.2007 Urheberrecht – 1

Urheberrecht

- Bedeutung: geistiges Eigentum ist geschützt
- Gehört zu den Immaterialgüterrechten wie Patent- und Markenrecht
- Stammfassung von 1936, wurde einige Male novelliert
- Völkerrechtliche Verträge (z. B. WIPO) und EU-Richtlinien
- USA ist in Sachen Urheberrecht sehr drakonisch unterwegs. Es wird jährlich verschärft. 1997 Bestrafung bei Veröffentlichung von urheberrechtlich geschützten geistigen Inhalten.

- Ist ein Ausschließlichkeitsrecht (= Exklusivrecht, keine 100 %, sondern z. B. nur 95 %), d. h. der UrheberIn (= Autor geistiger Inhalte) entscheidet alleine, was mit ihren/seinen Werken geschieht.
- Ist auch ein absolutes Recht
- Ist verschuldensunabhängig, d. h. es genügt, dass man urheberrechtlich geschützte Inhalte/Werke verwendet. Es muss kein Verschulden nachgewiesen werden.
- Freie Werknutzung: Was darf ich mit fremden Werken machen ohne zu fragen und ohne zu zahlen? Werknutzungsbewilligungen/Werknutzungsrecht = Lizenzen
- Urheberrechtssanktionen = Zivilrechtssanktionen
- Vielschichtigkeit: Bild eines Bauwerkes: Urheberrecht des Architekten und des Fotograf; Musikstück: Urheberrecht des Komponisten, Interpreten und des Produzenten

21.06.2007 Urheberrecht – 2

Fortsetzung Urheberrecht

- besteht aus höchstpersönlichen Rechten und Verwertungsrechten
 1. Verwertungsrechte: siehe Folie 6.9
 - wirtschaftliche Relevanz (wie viel kann ich verdienen)
 - vererblich, aber nicht übertragbar (Aber: Man kann Lizenzen verkaufen.)
 - Sie enden 70 Jahre nach dem Tod des Urhebers. Diese Frist beginnt immer am 1. 1. des Folgejahres. Beispiel: Jemand schreibt am 21. 06. 07 einen Roman (= Fertigstellung). Dieser stirbt aber am 29. 06. 07. D. h. die Frist beginnt am 1. 1. 2008 und endet am 1. 1. 2078.
 - Originalbild ist allgemeinfrei (= keine Rechte mehr beim Urheber) und jemand macht davon ein Foto. Urheberrechte für dieses Foto erlöschen nach 50 - 70 Jahren.
 - Fristverlängerung bei Datenbanken siehe § 76c UrhG
 - Erschöpfungsgrundsatz: Ein Werk wurde gekauft und dann gelesen. Der Inhaber kann dieses Buch weiterschicken. Dies ist erlaubt, weil das Verbreitungsrecht des Verlages erloschen ist. Aber Software unterliegt nicht dem Erschöpfungsgrundsatz
 - Lizenzierung = Weitergabe des Verwertungsrechtes, siehe § 24 ff UrhG
 - Werknutzungsbewilligung: kein Exklusivrecht, d. h. mehrere Personen können dieses bekommen und auch der Urheber kann sein Werk weiter nutzen.
 - Werknutzungsrecht: Exklusivrecht, d. h. es entsteht neues Recht und nur einer kann es innehaben. Der Urheber darf sein Werk nicht mehr nutzen. Er darf aber Verletzungen durch Dritte gerichtlich verfolgen.
 2. Höchstpersönliche Rechte
 - Schutz geistiger Interessen
 - Wichtige Paragraphen: §§ 19 - 21 UrhG
- Werk: eigentümliche und geistige Schöpfung, Kreativität und Originalität
- Urheberrecht schützt keine bloßen Ideen. Erst wenn die Idee ausgestaltet wird, d. h. nur das Werk, dass aus der Idee entsteht ist urheberrechtlich geschützt (= Werkbegriff erfüllen, da Idee nicht urheberrechtlich schützenswert ist).
- Werkkategorien: Schubladen, in denen urheberrechtlich zu schützende Werke eingeteilt werden; wichtige Paragraphen: §§ 1 - 11 UrhG
- Fertiggestellte Werke sind schon urheberrechtlich geschützt, ohne dass sie veröffentlicht werden müssen.
- daheim im Nachtkästchen: 100 % aller Rechte beim Urheber

- Lesung aus diesem Werk (= Veröffentlichung): nur mehr 95 % aller Rechte beim Urheber und 5 % minimaler Rechte bei der Allgemeinheit (z. B. Zitierrecht: Man darf gewisse Passagen weitererzählen)
- Erscheinen des Werkes: nur mehr 80 % aller Rechte beim Urheber und schon 20 % aller Rechte bei der Allgemeinheit
- Urheberrecht ist fristgebunden. Ist die Frist abgelaufen, verliert der Urheber alle Rechte (= 0 %) und die Allgemeinheit besitzt 100 % aller Rechte (= kann alles mit dem Werk machen, ohne dass der Urheber dagegen vorgehen kann)
- Urheberregister (§ 61a ff UrhG): In Österreich ist es erlaubt, dass man ein Werk anonym unter einem Pseudonym veröffentlicht. Um aber herausfinden zu können, wer der Urheber dieses Werkes ist, wurde dieses Register eingeführt. Hier kann man sich mit dem wirklichen Namen und dem Pseudonym eintragen lassen.

Wann beginnt sinnvoller Urheberrechtsschutz? Wo beginnt ein Werk?

Kataloge, Telefonbücher (einfache Datenbanken), Preislisten, Sammlung von Kochrezepten oder gepflegte Liste von Hyperlinks erfüllen alle den Werkbegriff. Es reicht schon ein hoher Aufwand, der bei der Schaffung eines Werkes entstanden ist, um den Werkbegriff zu erfüllen.

Wie kann ich beweisen, dass ich der Urheber bin?

Man kann sich nur mit einigen Tricks behelfen. Man kann zum Notar gehen und sich z. B. beurkunden lassen, dass man das mitgebrachte Werk selbst fertig gestellt bzw. produziert hat (= der Urheber ist).

Entstehung eines Urheberrechts

- ab Schöpfung eines Werkes = nach Fertigstellung
- Es ist keine Registrierung notwendig.
- Man muss auch keinen Copyrightvermerk in Österreich setzen, aber es ist sinnvoller es trotzdem zu (= Sicherheit).

Freie Werknutzung

- Niemand darf etwas mit einem fremden Werk machen, das nicht erlaubt ist.
- Wichtige Paragraphen: §§ 14, 15, 16, 17, 18a, 41, 41a, 42 (besonders Abs 8), 42a, 44, und 46 in Verbindung mit § 57 UrhG
- Privater Gebrauch: streng persönlich = nur privat nutzbar, keine berufliche Nutzung erlaubt
- keine freie Werknutzung bei Computerprogrammen gemäß § 42 UrhG; es sind max. 7 Sicherungskopien erlaubt
- Hyperlinks sind keine Vervielfältigung

Spezialvorschriften

- Wichtige Paragraphen: § 40a ff, §§ 40f ff, § 40 h, § 76c ff UrhG
- Schutzzumfang bei Software: Quellcode und ausformuliertes Programm
- § 40b Dienstnehmerregelung. Diese bezieht sich auf echten Dienstnehmer (kein freier Dienstnehmer und kein Dienstnehmer auf Werkvertragsbasis). Dadurch hat der echte Dienstnehmer alle Rechte an den Dienstgeber abgetreten, außer es wird etwas anderes vereinbart.

Mögliche Prüfungsfrage:

Die Dienstnehmerregelung bezieht sich auf

1. freier Dienstnehmer
2. Dienstnehmer auf Werksvertragsbasis

3. echter Dienstnehmer -> RICHTIG

Immer schriftliche Vereinbarung über meine Rechte verfassen.

Schutz von Webseiten: siehe Folie 6.16

Verwandte Schutzrechte: siehe Folie 6.17

- Wichtige Paragraphen: §§ 73 ff, § 75, § 78, § 76c, (§ 77), § 80 UrhG

Rechtsdurchsetzung - Zivilrecht: siehe Folie 6.18 - 6.19

- Wichtige Paragraphen: § 81 und § 86 UrhG behandeln die Verschuldensunabhängigkeit
(= es genügt der Eingriff in fremdes Urheberrecht), sonstige Paragraphen siehe Folie

Rechtsdurchsetzung - Strafrecht: siehe Folie 6.20

Rechtsdurchsetzung - Beispiel P2P: siehe Folie 6.21

Ergänzungen und Querverweise zum EU-Recht: siehe Folie 6.22

- EXTRATERRITORIAL: Man schreibt ein Programm mit einem Programmierer in den USA. => nicht nur Recht der USA ist gültig, sondern auch österreichisches Recht kommt zum Einsatz.

Zusammenfassung: siehe Folie 6.23

Begriffserklärung

- feilgehalten = verkauft
- Erschienen gilt ein Werk, wenn man es angreifen kann.